

SWISSAID PRESS RELEASE (Embargo : January 17, 2013, 2.30 p.m.)

Commodities Superpower Switzerland must accept its responsibility

Berne / Lausanne, January 17, 2013. Pressure is growing on the Swiss commodity industry to embrace the emerging global transparency standard. Ahead of an international [commodity conference](#) in Berne SWISSAID called on the Swiss government to accept its responsibility and regulate the booming sector. MP Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) asked for binding regulations in order to fight tax evasion, corruption and money laundering in the anticipated governmental commodities report.

The trend for more transparency in the extractive industries is gaining speed. Following the U.S. lead the EU will soon implement mandatory disclosure regulations for all industry payments to governments. “A new global standard is emerging”, said Marinke van Riet, Director of the global NGO coalition [Publish What You Pay](#) (PWYP) during a press briefing in Berne. Canada, the G8 and even China are moving this way as well, and an ever growing number of host countries are even publishing contracts and license agreements between commodity companies and its government. Switzerland faces decision-time, van Riet added, by either joining the transparency pioneers or stay behind within an increasingly smaller group of countries where opacity reigns.

SWISSAID Director Caroline Morel called on the Swiss government to present a “smart mix” in its commodities report, combining soft and hard law. “Switzerland is the world’s biggest commodity trading hub”, Morel said, and therefore would have to tackle the trading sector which is still mostly shrouded in opacity. The government should insist on including oil sales into the voluntary EITI framework which undergoes an important strategy review. Switzerland currently occupies a seat at [EITI](#)’s Board. But Morel insisted on ancillary binding regulations for the sector. “Switzerland must finally accept its responsibility. Otherwise, it will once again be pushed into international isolation.”

MP Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) warned against Switzerland becoming a regulatory oasis and a haven for those shady companies that wish to escape U.S .and E.U. regulation. She urged the government to adopt these regulations as a parliamentary [motion](#) is calling for that would also include commodity trading. In order to stop the huge illicit financial flows out of developing and emerging countries (approx. US\$ 1000 billion p.a.), she proposed to apply the money laundering laws to all kinds of commodity trading.

Aggressive tax evasion of cooper mining companies – among them Switzerland-based Glencore – causes tax losses of approx. US\$ 2 billion p.a. to Zambia, one tenth of the poor African country’s GDP. According to Leutenegger Oberholzer, this huge problem could be tackled by mandating detailed country-by-country-reporting in home states of multinational companies. This should be complemented by eliminating tax privileges for holding and shell companies in Switzerland, Leutenegger Oberholzer said, adding: “The population of resource-rich countries is entitled to a fair share of the profits in commodity trading. The Swiss commodity report must outline decisive measures to achieve this goal.”

For additional information, please contact:

→ Caroline Morel, Director SWISSAID; 079 208 75 17; c.morel@swissaid.ch

→ Lorenz Kummer, Policy Advisor Commodities; 079 307 25 92; l.kummer@swissaid.ch

Conference Documentation:

Photos (after 5 p.m.): www.swissaid.ch/en/transparency-and-commodity-trading

Rohstoff-Grossmacht Schweiz muss mehr Verantwortung übernehmen

Caroline Morel, Geschäftsleiterin SWISSAID

Sehr geehrte Damen und Herren

Viele Rohstoff-reiche Länder gehören zu den ärmsten der Welt. Obwohl Erdöl, Gold oder Uran in den Böden von Niger, Angola oder Tschad abgebaut werden, verharrt der Grossteil der Bevölkerung dieser Länder in Armut. Weltweit leben 700 Millionen Menschen in Rohstoff-reichen Ländern mit weniger als 5 Dollar pro Tag. Ein wichtiger Grund für diesen „Ressourcen-Fluch“ ist die mangelnde Transparenz in den Zahlungsströmen zwischen Rohstoff-Konzernen und den Regierungen der Förderländer. Denn nur wenn bekannt ist, wie viel Geld ins Land fliesst, kann die Bevölkerung von ihrer Regierung Rechenschaft einfordern und gegen Korruption und Misswirtschaft vorgehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde vor zehn Jahren die internationale NGO-Koalition „Publish What You Pay“ (PWYP) gegründet, gefolgt von der „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), die Regierungen, Zivilgesellschaft und Unternehmen umfasst. SWISSAID unterstützt seit langer Zeit die PWYP-Koalitionen in Niger, Tschad und Guinea-Bissau und neu auch in Tansania. Initialzündung für das Engagement von SWISSAID in diesem Bereich war unsere Arbeit mit der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung rund um das kontroverse Tschad-Kamerun-Pipeline-Projekt.

Nach zehn Jahren ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und die nächsten Ziele abzustecken. Und das wollen wir mit der Veranstaltung heute Nachmittag tun. Der Zeitpunkt ist auch aus einem anderen Grund günstig. Denn die Transparenzbewegung im Rohstoffsektor steht an einer Wegscheide. In den USA und in der EU sind Gesetze für mehr Transparenz in den Finanzflüssen erlassen bzw. kurz vor der Verabschiedung. Und bereits ist die Debatte um die Ausweitung der Transparenz-Vorschriften entbrannt. Dazu wird Ihnen PWYP-Direktorin Marinke van Riet mehr erzählen.

Es ist eigentlich offensichtlich: Die Schweiz als wichtigster Rohstoff-Handelsplatz der Welt wird sich den globalen Trends nicht entziehen können und mehr Verantwortung übernehmen müssen. Will sie nicht erneut international ins Abseits geraten, muss sie ihren Teil zum globalen Transparenz-Regelwerk beitragen. Und ebenso offensichtlich ist es, dass jeder Rechtsraum seine wichtigsten „Player“ regulieren muss. Im Falle der Schweiz also die Rohstoff-Händler.

In Kürze wird die Arbeitsgruppe Rohstoffe der Bundesverwaltung dem Bundesrat ihren Bericht über den Rohstoff-Sektor vorlegen. SWISSAID erwartet, dass dieser Bericht öffentlich gemacht wird und damit als Basis für eine breite öffentliche und parlamentarische Diskussion dienen kann. Und wir erwarten, dass er klare Vorschläge zur Verbesserung der Transparenz des Rohstoff-Geschäftes und

insbesondere des Rohstoffhandels enthält. Dies sollte durch einen geschickten Mix aus freiwilligen Vereinbarungen und gesetzlichen Vorgaben geschehen.

Die Schweiz besetzt derzeit einen der drei Sitze der „unterstützenden Länder“ im Vorstand der EITI und hat damit massgeblichen Einfluss auf die neue Strategie der Initiative, die bis Ende Mai 2013 vorliegen soll. SWISSAID erwartet von der Schweiz, dass sie sich für eine substantielle Ausweitung des Geltungsbereichs der EITI einsetzt. Denn diese kann ihre Legitimation nur aufrecht erhalten, wenn sie sich weiterentwickelt und in neuen Bereichen jene Pionierrolle übernimmt, welche sie vor zehn Jahren in der Zahlungsstrom-Transparenz gespielt hat.

Die folgenden Erweiterungen erscheinen uns zentral:

- Die Berichterstattung auf Projekt-Ebene (project-by-project), wie sie auch in den Gesetzen in den USA und der EU Standard ist.
- Die Offenlegung von Verträgen zwischen Rohstoff-Unternehmen und den Regierungen der Förderländer sowie von Förderlizenzen und den Prozessen zur Vergabe dieser Lizenzen.
- Und vor allem: Der Einbezug von Rohstoff-Verkäufen Nationaler Ölgesellschaften (NOC) oder anderer staatlich kontrollierter Firmen in die EITI-Berichterstattung. Die Schweiz hat in diesem Bereich als grösster Rohstoff-Handelsplatz der Welt eine besonders grosse Verantwortung.

Im Sinne grösserer Kohärenz der Schweizer Politik braucht es indessen eine Mischung aus freiwilligen Initiativen wie EITI, Projekten zur Stärkung der Gouvernanz und der Zivilgesellschaft in Rohstoff-reichen Ländern sowie gesetzlich verbindlichen Regeln in der Schweiz. Denn es bringt wenig, wenn die Schweiz bloss die EITI unterstützt oder sich in einem Entwicklungsland für die Stärkung des Steuerregimes einsetzt, aber gleichzeitig nichts tut, um die Anreize zur Steuerflucht und Steuervermeidung bei uns gesetzlich zu unterbinden.

Politische Baustellen: Bundesrat und Parlament sind gefordert

Es gilt das gesprochene Wort!

Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin (SP/BL)

Die Zahlungen von Rohstoff-Unternehmen an die Regierungen von Herkunfts- und Partnerstaaten kommen immer mehr an die Öffentlichkeit. Der Druck zur Durchsetzung eines globalen Transparenz-Standards wird grösser. Transparenz wird auch bei den Grundlagen dieser Zahlungen - bei den Verträgen und Rohstofflizenzen – wohl bald zur Regel.

Die internationale Entwicklung hat Konsequenzen für die Schweiz. Die Schweiz ist inzwischen eine Rohstoff-Grossmacht, vor allem im Handel. Die nach Umsatz drei grössten Schweizer Unternehmen (Vitol, Glencore, Trafigura) sind im Rohstoff-Business. Hier ansässige Unternehmen kontrollieren laut Recherchen der Erklärung von Bern je nach Rohstoff zwischen 15 und 25 Prozent des Welthandels, beim Rohöl sind es rund ein Drittel. Der Umsatz in diesem Transithandel (die Güter berühren nie Schweizer Boden) betrug laut Nationalbank 2011 rund 720 Mrd. Fr.

Die Verantwortung der Schweiz gegenüber der Bevölkerung jener Länder, in denen die Rohstoffe abgebaut werden, ist riesig. Diese Verantwortung muss unser Land endlich wahrnehmen. Die Schweiz muss dazu beitragen, dass die Geschäfte der Rohstoff-Konzerne transparenter werden. Sie muss mithelfen, dass die Gewinne der Rohstoffkonzerne nicht bloss in die Schweiz oder in andere Steuer- und Regulations-Oasen abfliessen, sondern auch dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden: in den Herkunftsländern der Rohstoffe. Es braucht einen fairen Ausgleich. Der Bevölkerung der Rohstoffländer gehört ein gerechter Anteil an den Profiten, die mit ihren Bodenschätzen erzielt werden.

Jedes Land muss sich mit den wichtigsten Akteuren auf seinem Territorium auseinandersetzen. Bei den Rohstoffen sind es für die Schweiz die Rohstoff-Händler. Es ist deshalb richtig, dass sich die Schweiz bei der Revision der EITI für den Einbezug des Ölhandels in die Transparenzregeln einsetzt, wie dies Swissaid (Caroline Morel) fordert.

Doch freiwillige Vereinbarungen reichen nicht aus. Die Schweiz muss auch regulatorisch aktiv werden. Dazu ein Blick auf einige politische Baustellen:

- **Transparenz-Vorschriften:**

Die Schweiz muss die in den USA und in der EU entstehenden Transparenzregeln übernehmen. Die Schweiz darf nicht zur Regulationsoase werden, sonst laufen wir Gefahr, jene Unternehmen anzuziehen, welche den US- und EU-Regeln entgehen

wollen. Zu verweisen ist auf die Motion 12.3773 (Hilde Fässler): Die Transparenz der Zahlungsströme sind analog den Bestimmungen in den USA zu erhöhen. Dabei sind

alle Rohstoff-Unternehmungen mit Domizil oder wesentlichen Geschäftsaktivitäten in der Schweiz sowie Rohstoff-Handels-aktivitäten (inkl. Transithandel) zu erfassen. Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Er verweist auf den Bericht zum Rohstoffgeschäft.

- **Kampf gegen Geldwäscherei und Korruption**

Den Entwicklungs- und Schwellenländern gehen jedes Jahr immense Summen durch „unlautere Finanzflüsse“ (Illicit financial flows) verloren. Gemäss Schätzungen der OECD sind es gegen 1000 Milliarden Dollar. Zur Bekämpfung dieser Finanzflüsse im Rahmen des Rohstoffhandels ist der Kampf gegen die Geldwäsche zentral. Die SP fordert, den Rohstoffhandel vollumfänglich den Geldwäschereibestimmungen zu unterstellen. Dies muss mit der bevorstehenden Revision des Geldwäschereigesetzes (GWG) geschehen.

- **Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung.**

Unrechtmässige Finanzflüsse sind auch auf die Steuervermeidung von Rohstoff-Unternehmung zurückzuführen. Als Beispiel Sambia: Der stellvertretende Finanzminister Miles Sampa schätzt, dass alle Rohstoff-Konzerne (inkl. Glencore) jährlich zwei Milliarden US\$ am sambischen Fiskus vorbei ins Ausland schleusen. Das bei einem sambischen BIP von rund 19 Milliarden US\$. Eine länderweise Rechnungslegung („Country-by-Country-Reporting“), welche ich bei der Revision des Rechnungslegungsrechts forderte, würde mithelfen, diese aggressiven Steuervermeidungstricks aufzudecken. Wir werden nachfassen.

Gewinnverlagerung durch die Ungleichbehandlung von im Inland und Ausland erzielten Erträgen sind zu eliminieren (Ring fencing) und damit die Steuerprivilegien von Holding-, Domizil, und gemischten Gesellschaften. Diese Revision ist auch politisch vordringlich.

Der Bundesrat hat die Wichtigkeit der Transparenz im Rohstoffbereich und bei den Zahlungen an staatliche Stellen mehrfach anerkannt. Er will auch im Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung handeln und auf die korrekte Versteuerung der Gewinne von international tätigen Unternehmen achten.

Wir warten gespannt auf den Rohstoffbericht. Der Bundesrat muss darin Nägel mit Köpfen machen. Den Absichtserklärungen müssen konkrete Taten folgen. Gefordert ist auch das Parlament. Die Regulation des Rohstoffsektors muss im Einklang mit den internationalen Bestrebungen an die Hand werden. Regulierungslücken schaden der Schweiz nachhaltig.

Extracting the truth. A growing civil society movement is seeking more extractive industry transparency laws around the world.

Marinke van Riet, Director Publish What You Pay (PWYP) International, London

David Cameron, the British Prime Minister, made an encouraging statement very recently as he outlined his priorities for the G8 summit in June in Northern Ireland:

“At the heart of my agenda for the Summit are three issues - advancing trade, ensuring tax compliance and promoting greater transparency. (...) I hope our work will demonstrate that this is not just about what developing countries do themselves. We in the developed world need to work together with them to prevent money laundering and stamp out bribery and corruption. And we need to look at how to enhance transparency.”

For the Publish What You Pay civil society movement this is very encouraging news as we have been working closely with the UK government and European Parliament in ensuring EU transparency laws that are fit for purpose. ‘Fit for purpose’ means that the disclosures by listed and large non-listed extractive companies are disaggregated by *country* and by *project*. For Publish What You Pay this is the only way in which our members and wider civil society can hold governments and companies to account and increased transparency is translated into accountability.

The 700 members of the PWYP coalition around the world are united in their campaign for a world where natural resources benefit all citizens not just those of today, but those also of future generations. PWYP was founded as a civil society campaign for revenue transparency ten years ago, calling on companies to publish what they pay and governments to publish what they receive. Since then we have seen the birth of the multi-stakeholder Extractive Industries Transparency Initiative (2002), Section 1504 of the **Dodd–Frank** Wall Street Reform and Consumer Protection Act (2010) and the EU Transparency and Accounting Directives (2011; proposed but expected to be finalised in 2013). While the EITI is a voluntary initiative where civil society sits around the table with government and industry as an equal partner, the EU and US legislation are mandatory for extractive companies listed on the stock exchanges (and it includes large unlisted companies in the EU). The legislation requires the companies to publish *all* payments to governments by country and by project.

After a delay of close to two years the Securities and Exchange Commission (SEC) finally released its rules in August 2012 which included no exemptions, a materiality threshold of US\$100,000 and a project definition that refers to a contract or production sharing agreement. For Switzerland it is also important to know that it includes export activities. However, the industry lobby group the American Petroleum Institute dropped a law suit against the SEC in late 2012. While this law suit is taking place as we speak it is encouraging to see that the SEC didn't grant the industry a delay in the rules application. As the EU legislation is inspired by Dodd-Frank Section 1504, we expect that strong EU leadership will help the SEC in its efforts to uphold strong rules in line with the Publish What You Pay asks.

The reality is that transparency laws are part of an inevitable global trend: even the Shanghai Stock Exchange has a disclosure requirement for extractive companies once they go public and has expressed an interest in making this an annual requirement.¹ And In Canada there is a multi-stakeholder working group drafting a disclosure law for the complex Canadian context. And with Cameron's support for globalising transparency laws, we have strong expectations that the G8 will follow suit.

And what about the role of Switzerland, especially in relation to the commodity trading companies that dominate the sector in your country? In our view you are at a critical juncture and are facing decision-time: are you joining the growing group of transparency pioneers or will you continue to form part of the increasingly smaller group of countries where opacity reigns?

Thanks to PWYP, revenue transparency has become the norm in the extractive industry governance. As our first African national coalition coordinator, Christian Mounzeo, so eloquently put it: *"Thanks to PWYP, today the issue of extractive industries transparency is out of the ghetto."* And this norm is now evolving: at its tenth anniversary PWYP has adopted a new strategy, Vision 20/20, that campaigns for transparency in the entire value chain: from the right to extract to contract transparency, revenue management and budget monitoring. At the same time the EITI is going through a strategic review based on an evaluation in 2011 which demonstrated a minimal impact on translating transparency into accountability. PWYP is currently campaigning very hard to include contract and licence transparency in the new EITI standard to allow for an assessment whether the revenues that are being paid are in line with what *should* have been paid. In addition we will be able to assess whether the countries are getting a fair deal for its natural resources. A striking example of where this may not be the case is the mining deals that Glencore managed to negotiate for concessions for the Kansuki and Mutanda mines in the Democratic Republic of Congo. While the details were published eventually due to huge pressure from the World Bank, the process itself was not subject to an open and transparent tendering process and there are concerns that the deals have been sold at a sub-optimal price.

Contract and license transparency is nothing unusual and again forms part of a growing trend of countries where this is regulated by law: Niger, Guinea, Sierra Leone, Ghana, Afghanistan, Iraq, Timor Leste, Peru, and Colombia. As all of these are EITI implementing countries, it's in our view a no-brainer to make this part of the new EITI standard. In addition contract transparency forms part of the new IFC performance standards (2012 edition) and the World Bank Institute and GIZ have just launched an Open Contracting Initiative across all sectors, including the extractive industry. For PWYP this is the greatest success that attitudes are changing. The idea that a government should publish contracts is not as outlandish as it once was and the concept of secret deals done behind closed doors is becoming increasingly unacceptable.

¹ Press release of Global Witness upon the launch of Transparency Matters
http://www.globalwitness.org/sites/default/files/library/transparency_matters_lr.pdf



Small-scale copper mining in Africa. Photo: Torfinn/laif

Shedding Light on Darkness

Transparency in the Extractive Industries – the Role of Commodity Superpower Switzerland

Conference

Thursday, January 17, 2013, 2.30 to 7 pm

Hotel Ador, Laupenstrasse 15, 3001 Berne, Switzerland

SWISSAID 
Inspiring courage.

Program

14.00 **Registration**

14.30 **Welcome Remarks**

▶ **Caroline Morel**, Director, SWISSAID

Welcome Address

▶ **Yves Rossier**, State Secretary, Federal Department of Foreign Affairs
FDFA

Keynote Speech: Ten Years of Transparency in the Extractive Industries

▶ **Jonas Moberg**, Head of Secretariat, Extractive Industries
Transparency Initiative EITI, Oslo

Building a Global Transparency Standard

▶ **Ali Idrissa**, Director, Réseau des organisations pour la transparence et
l'analyse budgétaire ROTAB, Niamey, Niger

Going Upstream: Transparency in Contracts and Licenses

▶ **Marinke van Riet**, Director, Publish What You Pay PWYP, London

Going Downstream: Transparency in Oil and Commodity Trading

▶ **Alexandra Gillies**, Head of Governance, Revenue Watch Institute RWI,
New York

16.45 **Coffee Break**

17.15 **Panel Discussion: the Role of Switzerland**

▶ **Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch**, State Secretary, Director of State
Secretariat for Economic Affairs SECO
▶ **Michael Fahrbach**, Head of Sustainability, Glencore International plc, Baar
▶ **Marinke van Riet**, Director, PWYP, London
▶ **Susanne Leutenegger-Oberholzer**, National Councillor, SP/BL

Closing Remarks

Conversation with **Martin Dahinden**, Ambassador, Director of Swiss Agency
for Development and Cooperation SDC

19.00 **Aperitif**

Moderation: **Markus Mugglin**, Economist and Journalist

Simultaneous Translation: German – English – French

Background

The global movement for transparency in the extractive industries is at a crossroads. The U.S. is implementing binding regulations for greater transparency of industry payments to governments, the European Union will follow suit. And the Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) is currently revising its rules. Meanwhile, the debate on expanding transparency is heating up: should contracts and licenses be made public? And how should the commodity trading sector be dealt with?

Switzerland has become the world's leading commodity trading hub and will have to contribute to the emerging global transparency framework. The federal administration is reviewing the sector and a regulation proposal is pending in parliament. The conference will present the major global trends in this debate which is crucial for an ever more important sector of the Swiss economy. Gathering the relevant stakeholders and political actors the panel will then address the questions of how, and how fast, Switzerland will meet the respective challenges.

The background of the debate is the fact that many people in resource-rich countries such as Niger, Angola or Congo remain mired in deep poverty. One of the reasons for this "resource curse" is the lack of transparency in financial flows between commodity companies and the governments of host countries. Only with access to detailed information on how much money is paid for extracting a country's natural resources can the people hold their government to account, fight corruption and embezzlement and demand the allocation of the resource rent for the sustainable development of their country.

In order to attain these goals, the global NGO coalition "Publish What You Pay" (PWYP) was founded ten years ago. It was followed shortly thereafter by the Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) which includes governments, extractive companies and civil society. Today, PWYP has more than 700 members all over the world, while EITI is building trust and providing revenue transparency in 37 countries. Those two organizations spearheaded the discussion on extractive industries financial flows; and within just ten years, the issue evolved from state secret to a mainstream political debate.



Organization

SWISSAID, the Swiss Foundation for Development Cooperation, acts against poverty and hunger in nine countries in Africa, Asia, and Latin America and works on development policy issues in Switzerland. In addition to ecological agriculture and capacity building for rural communities and civil society organizations, we focus our development work on the just and sustainable allocation of natural resource revenues.

In this context, we support the global "Publish What You Pay" coalition, as well as local organizations in Niger, Chad, Guinea-Bissau, and Tanzania who are championing transparency in the extractive industries and the allocation of their revenues for sustainable development.

► www.swissaid.ch.

► **Information and Registration:**
www.swissaid.ch/en/registration

Attendance is free of charge, the number of seats is limited.
Registration is requested by January 10, 2013

► **Information on the conference venue:**
www.hotelador.ch

Geneva: Wednesday, January 16, 2013: 6.30 pm

10 Years of Transparency in the Extractive Industries

Panel Discussion with:

Ali Idrissa, ROTAB, Niamey, Niger

Marinke van Riet, Director, Publish What You Pay, London

Alexandra Gillies, The Revenue Watch Institute RWI, New York

Gilles Carbonnier, Professor, IHEID, Geneva

► **More Information:** www.swissaid.ch/fr/petrole-geneve-2013

Supported by the Swiss Agency for Development and Cooperation SDC.

Photos: Torfinn/laif, flickr (heatingoil, arbyreed)